

Im Einsatz für das Gemeinwohl

Das ehrenamtliche Engagement in politischen Ämtern gehört zur DNA der Schweiz. Doch das Milizsystem bröckelt. In vielen Dörfern lässt sich der Gemeinderat nur noch dank Amtszwang voll besetzen. Andererseits gibt es doch noch Junge, denen der Dienst an der Allgemeinheit wichtig ist.

Text **Ralf Kaminski** Fotos Ephraim Bieri



Fröhlich trotz Amtszwang: Bruno Zenklusen, Thomas Zenklusen, Sebastian Arnold, Marcel Arnold und Marco Gerold (von links) im Sitzungsraum des Gemeinderats von Simplon.

Der Gemeinderat von Simplon VS tagt in altherwürdigen Mauern aus dem 17. Jahrhundert, gleich neben dem Dorfmuseum und nahe der Kirche. Etwa alle zwei Wochen treffen sich die fünf Herren im Sitzungsraum mit der niedrigen Decke und viel Holz, um über Bauprojekte, Budgetfragen und andere Dinge zu entscheiden, die für das Dorf mit den 305 Einwohnern wichtig sind. Doch keiner der fünf sitzt hier, weil er kandidiert hat und gewählt werden wollte. Im Gegenteil: Sie sitzen hier, weil im Kanton Wallis Amtszwang gilt und «weil es halt irgendjemand tun muss».

Amtszwang heisst: Auch wer nicht kandidiert hat, muss antreten, wenn er gewählt wird, «ausser es liegen wirklich festgestellte berechnete Gründe für eine Ausnahme vor», wie es in Artikel 174 des Gesetzes über die politischen Rechte des Kantons Wallis heisst. Als Simplon 2017 den Gemeinderat neu bestellen musste, kandidierte niemand. «Aber wir haben

ein aktives Vereinsleben», erklärt Gemeinderatspräsident Sebastian Arnold (33), von Beruf Geometer und Raumplaner. «Dort wird beim Feierabendbier rege diskutiert, wem man diese Aufgabe zutrauen würde – und wer dann nicht sofort unmissverständlich Nein sagt, ist Kandidat.»

So kursierten im Vorfeld der Wahl bereits einige Namen, die sich später zahlreich auch auf den Wahlzetteln wiederfanden. «Die meisten von uns haben es also kommen sehen und konnten sich schon ein wenig darauf einstellen», sagt Arnold. «Und alle anderen sind froh, dass sie es nicht machen müssen.» Halbwegs freiwillig ist eigentlich nur Bauführer Bruno Zenklusen (41) im Amt, der schon in der vorherigen Legislaturperiode Teil des Gremiums war und sich überreden liess zu bleiben, um die Kontinuität im Rat zu gewährleisten.

Man macht das Beste draus

Da es im Dorf keine Parteien gibt, die um Ämter konkurrieren und politische Ideen durchsetzen wollen, laufen die Wahlen schon seit Längerem auf diese Weise ab. «Man findet sich damit ab und macht das Beste draus», sagt Elektroingenieur Thomas Zenklusen (48). «Es ist quasi Bürgerpflicht. Aber es schmeichelt auch ein bisschen, dass die Leute im Dorf einen als fähig erachten, so ein Amt auszuüben. Diese Wertschätzung löst schon auch Freude aus.» Damit verbunden sind allerdings viel Verantwortung und ein zusätzliches Arbeitspensum von 20 bis 30 Prozent im Jahr, das irgendwie mit dem Erwerbs-, Familien- und Sozialleben in Einklang gebracht werden muss.

Wer Präsident und Vize wird, entscheidet das Fünfergremium unter sich – diese Positionen sind besonders zeitintensiv, weil sie mit mehr repräsentativen Aufgaben verbunden sind. «Es gibt Wochen, wo an jedem Abend etwas los ist, und andere, in denen man fast nichts zu tun hat», sagt Vizepräsident Marco Gerold (35). «Ich habe das Glück, dass ich mir als Leiter des Forstbetriebs meine Zeit selbst einteilen kann und eh immer hier in der Gegend bin.»

Es ist im Grund wie eine sehr breite Weiterbildung – eine Lebenserfahrung, aber eine, die viel Zeit frisst.

Bruno Zenklusen, Gemeinderat in Simplon

Am meisten leiden Freizeit und Hobbys unter dem zusätzlichen Engagement. «Die Familie bekommt es natürlich auch zu spüren», sagt der pensionierte Landwirt Marcel Arnold (62), der übrigens nicht mit dem Gemeinderatspräsidenten verwandt ist. «Man muss dann halt abends an eine Veranstaltung, statt Zeit für Frau oder Enkel zu haben.» Oder verbringt

ein Wochenende mit Aktenstudium, egal, wie schön das Wetter draussen ist. Vergütet wird der Einsatz mit einer Jahrespauschale und Spesen – insgesamt ein Betrag im niedrigen fünfstelligen Bereich.

Immerhin empfinden die Männer ihre Arbeit oft als interessant. «Man bekommt Einblick in ganz neue Themen», sagt Thomas Zenklusen. Namensvetter Bruno Zenklusen (auch die beiden sind nicht miteinander verwandt) findet, er habe im Amt einiges gelernt, was ihm beruflich nütze. «Es ist im Grund wie eine sehr breite Weiterbildung – eine Lebenserfahrung, aber eine, die viel Zeit frisst.»

Die Hälfte der Gemeinden hat Mühe

Den Amtszwang kennen acht Kantone, teils nur auf Gemeindeebene, teils auch auf kantonaler. Neben dem Wallis sind es Appenzell Innerrhoden, Bern, Luzern, Nidwalden, Solothurn, Uri und Zürich, wobei überall unterschiedliche Ausnahmeregelungen gelten. Und Studien zeigen, dass bereits die Hälfte aller Gemeinden Mühe hat, genügend Leute zu finden, die sich für politische Ämter zur Verfügung stellen. «Zudem häufen sich unstrittige Wahlen», sagt der Politikwissenschaftler Markus Freitag (50), der eine eigene Studie zum Milizsystem veröffentlicht hat. «Das heisst, es gibt oft genauso viele Bewerber wie zu vergebende Ämter.»



Freitag verweist auf einen grösseren Trend in der Gesellschaft: «Die Arbeitskräftebefragung SAKE hat ergeben, dass die Zahl an freiwillig

Tätigen seit Ende der 90er-Jahre in fast jedem Bereich abgenommen hat, besonders stark betroffen ist der Einsatz für ein politisches oder öffentliches Amt.» Verglichen mit 1997 hat sich der Anteil an Miliztätigen bis 2016 um 73 Prozent reduziert. «Der freiwillige Dienst an der Gemeinschaft rangiert weit hinter der Selbstverwirklichung, dem beruflichen Vorwärtsstrampeln und dem Freizeitvergnügen», bilanziert Freitag. (siehe auch Interview)

Kein Wunder geht es mancherorts nicht ohne Amtszwang – auch in Volken nicht, der kleinsten Gemeinde im Kanton Zürich mit 362 Einwohnern. Die selbständige Naturheilpraktikerin Ursula Ganz (41) ist eine von zwei im fünfköpfigen Rat, die 2018 unfreiwillig gewählt wurden. «Am Sonntagvormittag rief der Gemeinderatspräsident an und sagte es mir.» 26 Stimmen hatten zur Wahl gereicht – von wem die kamen, weiss sie nicht.

Gewählt weil sie auf Antiwahlkampf verzichtet hat?

«Es sind im Vorfeld viele Personen angefragt worden, auch ich. Und ich hätte mir schon vorstellen können, auch mal offiziell zu kandidieren, aber nicht zu diesem Zeitpunkt.» Andere, die nicht gewählt werden wollten, verteilten Zettel, auf denen sie ihre Gründe erklärten – ein Antiwahlkampf quasi. «Das habe ich nicht gemacht, vielleicht hats mich deshalb erwischt.»

Ganz ist alleinerziehende Mutter zweier Kinder im Alter von 10 und 14, eins davon ist mehrfach behindert, was erhöhten Betreuungsaufwand bedeutet. Die Lösung war dann ein Zuständigkeitsbereich, bei dem sie nicht so viele auswärtige und abendliche Termine wahrnehmen muss: Landwirtschaft, Forst, Umwelt und Gesundheit. Den Arbeitsaufwand dafür schätzt sie auf etwa 10 Prozent. Dieser lässt sich zwar gut um ihre Arbeit als Naturheilpraktikerin herum organisieren, aber für ihre Kinder muss sie immer wieder mal eine externe Betreuung organisieren. Am meisten leidet ihr Hobby unter dem Zeitmangel: Sie geht deutlich weniger reiten als früher.

Aber arbeitet man unter Amtszwang genauso motiviert wie ohne? «Ich nehme keinen Unterschied wahr zwischen uns beiden und den dreien, die gewählt werden wollten», sagt Ursula Ganz. Auch die fünf Walliser betrachten sich als motiviert. Sie tun, was getan werden muss, setzen aber auch eigene Ideen um. So gibt es seit diesem Sommer ein Elektroauto, das jeder im Dorf günstig online für einen Tag reservieren kann.

Die nächsten Wahlen in Simplon stehen im Dezember 2020 an, bis Ende des Jahres wollen sich die fünf Gemeinderäte entscheiden, ob sie aufhören oder noch eine Periode anhängen. «Das erste Jahr im Amt ist das schwierigste, weil alles neu ist und man sich überall erst einarbeiten muss», gibt Ratspräsident Sebastian Arnold zu bedenken. «Eine zweite Amtsperiode wäre also leichter, zudem ginge all das gesammelte Knowhow

nicht verloren.» Noch will sich jedoch keiner der fünf festlegen. Ursula Ganz hingegen schliesst nicht aus, für die nächste Legislatur freiwillig nochmals anzutreten. «Das Amt ist interessant und eigentlich eine gute Erfahrung. Ich lerne viel und würde es jedem empfehlen, so etwas einmal zu machen.»

Es gibt noch Junge, die sich engagieren

Das Milizsystem hat es auch deshalb schwer, weil weniger Junge bereit sind, sich auf diese Weise zu engagieren. Dennoch gibt es sie noch, zum Beispiel Andreas Leupi, 22 Jahre alt, Systemtechniker bei einer grossen Zürcher IT-Firma und seit Sommer 2018 für die SVP im Gemeinderat von Oberengstringen ZH, als Sicherheitsvorsteher. «Ich bin da so reingerutscht», erklärt er. «Über unser Schultheater lernte ich einen Nationalrat kennen, der mich mit 16 an die nationale Jugendsession vermittelte. Das machte mir Spass, und schon bald trat ich in die SVP ein, die am ehesten meinen politischen Positionen entspricht.» Seit 2017 ist Leupi auch Präsident der SVP Oberengstringen und in weiteren Parteigremien engagiert.



«Es ist befriedigend, etwas für die Menschen zu bewegen», sagt Andreas Leupi, Gemeinderat in Oberengstringen.

Sein Einsatz hat mehrere Gründe: «Selbstverwirklichung, Spass, aber auch die Befriedigung, in meiner Heimatgemeinde etwas für die Menschen bewegen zu können. Ich bin hier geboren und aufgewachsen.» Zudem sei

es auch für die Zukunft nicht gerade schädlich. «Ich könnte mir gut vorstellen, in vier Jahren bei den Wahlen für den Zürcher Kantonsrat anzutreten.»

Zurückstecken muss er vor allem beim Sozialleben: «Ich wäre sonst sicherlich häufiger mit Freunden unterwegs – auch wenn durch das Engagement neue Freundschaften entstehen. Und ich würde mehr golfen, dieses Hobby liegt derzeit auf Eis.» Leupis Eindruck ist, dass es schon junge Leute gibt, die bereit sind, sich zu engagieren. «Aber unter meinen Freunden machen dies nur wenige.»

Auch Isabel Burkard empfindet sich in ihrem Freundeskreis als «Exotin». Die 22-jährige Buchhalterin ist seit Ende 2017 Gemeinderätin in Mühlau AG, zuständig für Bildung, Vereine und Kultur. «Meine Mutter hatte mich darauf aufmerksam gemacht, dass die Gemeinde drei Gemeinderäte sucht, ich hatte das gar nicht mitbekommen.» Sie recherchierte, dass jeder ab 18 kandidieren kann und begann sich dafür zu interessieren. «Auch weil ich seit meiner Geburt im Dorf lebe, viele Leute kenne und den Gedanken schön fand, selbst mithelfen und vielleicht etwas bewirken und so zurückgeben zu können.»

Für die Wahl trat Burkard zwar der CVP bei, sieht das Amt aber nicht als Sprungbrett für eine politische Karriere. «Mir reicht das Engagement auf Gemeindeebene.» Die Arbeit macht ihr nicht nur meistens Spass, sie erlebt sie auch als persönliche Bereicherung: «Es ist eine Schule fürs Leben. Ich muss vor Leuten hinstehen, Haltungen des Gemeinderats vertreten und kritische Fragen beantworten.» Dabei habe sie früher nie gerne Vorträge gehalten. «Durch das Amt gewinne ich nun auch an Selbstbewusstsein.»



«Durch das Amt gewinne ich auch an Selbstbewusstsein», sagt Isabel Burkard, Gemeinderätin in Mühlau.

Abstriche macht sie vor allem bei der beruflichen Weiterbildung. «Für Familie und Freunde habe ich genügend Zeit. Mein Freund hat mich von Anfang an unterstützt. Und da er Schichtdienst arbeitet und abends und am Wochenende deswegen manchmal auch unterwegs ist, passt es ganz gut zusammen.»

Gezielter informieren und rekrutieren

Was bräuchte es, damit sich wieder mehr Leute für solche Ämter finden? «Man müsste sich mehr bemühen, unser System der jüngeren Generation näherzubringen», sagt Isabel Burkard. «Wüssten mehr Junge Bescheid, würden sich vielleicht mehr interessieren.» Auch Andreas Leupi hält eine bessere Rekrutierung für entscheidend: «Die, die sich engagieren, müssen mehr tun, um andere zu begeistern. Gerade bei Jungparteien geht es nicht nur um Politik, sondern man verbringt Zeit mit Gleichgesinnten, hat Spass, erweitert seinen Freundeskreis. Das müsste man stärker betonen.» Mit mehr Geld hingegen lasse sich das Problem nicht lösen.

Das sieht auch der Gemeinderatspräsident von Simplon so. «Klar könnte man das Amt mit 100'000 Franken vergüten, aber das Risiko ist hoch, dass sich jemand meldet, der es primär wegen des Salärs und nicht zum Wohl des Dorfs macht. Es braucht schon Herzblut», sagt Sebastian Arnold,

«zudem Heimatliebe und eine tiefe Verbundenheit mit der Wohngemeinde.»

Etwas mehr als ein symbolischer Lohn dürfte es schon sein, findet hingegen Ursula Ganz. Den Hauptgrund für die Schwierigkeiten sieht sie aber woanders: «Früher hatte man als Gemeinderat einen Prestigeposten, heute ist man Prügelknabe und kriegt von allen auf den Deckel. In Volken hält sich das zum Glück noch in Grenzen.»

Weshalb das Milizsystem wichtig ist

Die Bereitschaft, sich in öffentlichen Ämtern zu engagieren, nimmt immer weiter ab. Politologe Markus Freitag hat Vorschläge, wie man Gegensteuer geben könnte.

Text **Ralf Kaminski**



Markus Freitag (50) ist Direktor am Institut für Politikwissenschaft der Universität Bern und dort Inhaber des Lehrstuhls für politische Soziologie.

Weshalb ist das Milizsystem für die Schweiz so wichtig?

Es ist ein zentraler Bestandteil der Schweizer Beteiligungsdemokratie – neben der direkten Demokratie, dem Föderalismus und der Konkordanz. Alle vier leben vom Mitmachen und tragen stark zum hohen Vertrauen in die Politik bei. Ohne das Milizsystem könnte die Beziehung zwischen Regierenden und Volk Schaden nehmen. Die Bevölkerung könnte die Politik mit der Zeit als abgehobener empfinden, da weniger Alltagserfahrungen einfließen.

Die Bereitschaft, sich in öffentlichen Ämtern zu engagieren, nimmt seit Jahren ab. Auch weil man sich heute rasch harscher Kritik aussetzt, wenn man sich exponiert?

Dieser Grund wird in unserer Befragung durchaus genannt. Man steht heute schneller am Pranger, die Anspruchshaltung ist höher. Aber das ist

nur ein Aspekt. Viele, insbesondere Frauen, glauben auch, ihnen fehle das fachliche Wissen für diese Tätigkeit. Die Hauptursache dürfte jedoch die Individualisierung sein. So ein Amt ist eine längerfristige Verpflichtung, für die man regelmässig viel Zeit einsetzen muss – das passt nicht zu den allgegenwärtigen Wünschen nach Flexibilisierung und Ungebundenheit.

Hatten frühere Generationen auch einfach mehr Pflichtbewusstsein?

Heutige Jugendliche engagieren sich durchaus, tun sich aber allgemein schwerer als frühere Generationen, sich längerfristig für etwas einzusetzen. Lässt man sich auf ein Milizamt ein, ergeben sich viele Verpflichtungen und Abhängigkeiten. Man ist nicht mehr Herr über sein nebenberufliches Leben.

Kann das Milizamt nicht auch der Startpunkt einer möglichen Politkarriere sein?

Schon, aber heute kann man auch als Quereinsteiger weit kommen. Dem Milizamt wohnt nicht mehr die gleiche Sprungkraft inne wie früher.

Frauen zweifeln häufig an ihren Fähigkeiten, auch wenn diese gleichwertig oder besser als diejenigen der Männer ausfallen.

«Der freiwillige Dienst an der Gemeinschaft rangiert weit hinter der Selbstverwirklichung, dem beruflichen Vorwärtsstrampeln und dem Freizeitvergnügen», heisst es in Ihrem Buch. Bringt es das auf den Punkt?

Ja. Man kann seinen Altruismus heute zudem auch anders ausleben, kompatibler mit den Herausforderungen der Lebensgestaltung.

Wer sich dennoch engagiert, ist meist männlich, zwischen 40 und 65, in der Gemeinde verwurzelt, gut vernetzt und eher bürgerlich, ergab Ihre Studie. Letzteres überrascht, sind Linke doch oft für ganz unterschiedliche Anliegen enorm engagiert.

Wir haben Gemeinden zwischen 2000 und 30'000 Einwohnern untersucht, die eher bürgerlich dominiert sind. In den grösseren Städten sieht es vermutlich anders aus. Klar ist aber: Wer an seinem Wohnort sozial gut eingebettet ist, wird sich mit höherer Wahrscheinlichkeit ehrenamtlich engagieren als andere.

Sind Frauen schon so stark mit anderer unbezahlter Arbeit beschäftigt, dass sie sich das nicht auch noch antun wollen?

Das spielt sicher hinein. Hinzu kommt, dass Frauen von den Parteien oft weniger gut portiert werden, dass sie auch weniger bereit sind als Männer, sich in der Öffentlichkeit zu exponieren und sich dem oft konfrontativen

Klima der Politik auszusetzen. Zudem zweifeln Frauen häufig an ihren Fähigkeiten, auch wenn diese gleichwertig oder besser als diejenigen der Männer ausfallen.

Im Vergleich zu 1997 hat sich 2016 der Anteil an Miliztätigen um 73 Prozent reduziert.

Die Zahl der Schweizer Gemeinden nimmt ab – auch weil es schwieriger wird, genügend Leute für Ämter zu finden, also fusioniert man halt?

Das ist nicht der alleinige Grund. Aber tatsächlich gibt es heute rund 1000 Gemeinden weniger als noch vor 30 Jahren – hätten wir die alle noch, wäre das Besetzungsproblem sicher dramatischer.

Lässt sich das erodierende Milizsystem noch anhand anderer konkreter Zahlen darstellen?

Die Arbeitskräftebefragung SAKE hat ergeben, dass die Zahl an freiwillig Tätigen seit Ende der 90er-Jahre in fast jedem Bereich abgenommen hat, besonders stark betroffen ist der Einsatz für ein politisches oder öffentliches Amt. Im Vergleich zu 1997 hat sich 2016 der Anteil an Miliztätigen um 73 Prozent reduziert, verglichen mit 2010 um 29 Prozent. Andere Analysen kommen zum Schluss, dass die Hälfte aller Schweizer Gemeinden Mühe bekundet, genügend Leute für Milizämter zu finden. Zudem häufen sich unstrittige Wahlen, das heisst, es gibt oft genauso viele Bewerber wie zu vergebende Ämter.

Gibt es Gemeinsamkeiten zwischen den Gemeinden, die Probleme haben?

Es scheint, dass die Art des Führungsmodells eine Rolle spielt. Zudem vermute ich, dass eine Gemeinde mit einem aktiven Vereinsleben und aktiven Lokalparteien weniger Probleme hat, Ämter zu besetzen. Und Orte, die weniger nahe an Städten mit ihren vielen Zerstreuungsoptionen liegen, haben es möglicherweise auch leichter.

Eine Professionalisierung könnte zu einer anderen Art des Politisierens führen: Statt Sachpolitik steht die Wiederwahl im Fokus.

In acht Kantonen gibt es den Amtszwang. Werden solche Orte gut regiert, oder herrscht «Dienst nach Vorschrift»?

Belegt ist es nicht, aber es scheint naheliegend, dass die Regierungsqualität im Vergleich zu einer freiwilligen Amtsausübung eine andere ist. Allerdings kommt der Amtszwang viel weniger häufig zur Anwendung als man denken würde, er hat nämlich auch eine indirekte

Wirkung: Im Wissen um die mögliche Verpflichtung finden sich meist doch noch Freiwillige.

Dann ist der Amtszwang also durchaus eine Lösung.

Ja, wenn es gar nicht anders geht. Aber es gibt auch die Idee eines allgemeinen Bürgerdienstes, bei dem alle verpflichtet würden, sich für eine bestimmte Zeit gemeinnützig zu engagieren, sei es im Militär, der Altenpflege oder dem Milizamt. Man könnte auch Ausländer für Lokalämter zulassen, wie das in einigen Kantonen der Westschweiz bereits der Fall ist. Appenzell Ausserrhoden, Basel-Stadt und Graubünden stellen es ihren Gemeinden frei, ob sie die Milizarbeit auf Schweizer beschränken.

Eine weitere Alternative wären Berufsbehörden.

Es gab schon die Prophezeiung, dass es bis 2040 nur noch Profi-Behörden gibt. Das ist durchaus möglich. Vor zehn Jahren waren nur rund sechs Prozent der Gemeinderäte teilzeitlich angestellt, mittlerweile sind es über 30 Prozent. Im National- und Ständerat ist das Milizsystem mittlerweile eher ein Mythos als Realität. Und die Regierungsämter auf Kantonsebene sind weitgehend durch Berufspolitiker besetzt.

Eben. Wäre eine Professionalisierung so schlimm?

Die von uns befragten Milizpolitiker bevorzugen eher Jahrespauschalen als Teilzeitanstellungen. Ausserdem schränken Saläre den finanziellen Spielraum einer Gemeinde ein, denn abschaffen kann man sie dann kaum mehr. Möglicherweise ziehen solche Anreize auch Leute an, die das Amt dann primär deswegen machen. Festangestellten Lokalpolitikern drohen bei einer Abwahl zudem empfindliche Einkommensverluste. Dies könnte zu einer anderen Art des Politisierens führen: Statt Sachpolitik steht die Wiederwahl im Fokus. Und letztlich entreisst man der lokalen Demokratie auf diese Weise ein Stück weit ihre Laienseele.

Vorbildlich ist der Kanton Aargau, der «Politische Bildung» als Pflichtfach in der Oberstufe eingeführt hat.

Was wären aus Ihrer Sicht bessere Lösungen?

Man müsste langfristig mehr in die politische Bildung investieren, nicht zuletzt, um die heranwachsende Bevölkerung dafür zu sensibilisieren. Heute finden nur 35 Prozent der 15- bis 25-Jährigen das Milizamt wichtig oder sehr wichtig, 47 Prozent kennen es nicht oder wissen nichts damit anzufangen. Vorbildlich ist der Kanton Aargau, der «Politische Bildung» als Pflichtfach in der Oberstufe eingeführt hat. Hilfreich wäre auch ein klar umrissenes Pflichtenheft für jedes Amt. Vor allem miliztätige Frauen

wünschen sich Einführungskurse für Amtsneulinge, und die Jüngeren hätten gern ein Zertifizierungssystem für die ehrenamtliche Arbeit, das auf dem Arbeitsmarkt als Pluspunkt gilt.

Der Schweizerische Gemeindeverband hat 2019 zum «Jahr der Milizarbeit» erklärt. Was erhoffen Sie sich davon?

Eine gewisse Sensibilisierung für die Herausforderungen und die Probleme der Milizarbeit. Mir scheint auch, dass dies bereits etwas ausgelöst hat.

Sind Sie selbst irgendwo ehrenamtlich aktiv?

Es wäre für mich sehr schwierig, ein solches Amt mit Beruf und Familie unter einen Hut zu bringen – eine Herausforderung, vor der viele Miliztätige stehen. Immerhin forsche ich darüber.

Buchtipp: Markus Freitag, Pirmin Bundi, Martina Flick Witzig: «Milizarbeit in der Schweiz», NZZ Libro, 2019; auch [bei exlibris.ch](https://www.exlibris.ch)